

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

A. F. Kegler & Co., Papierhandlung, Rosmaringasse 8, nahe Schlossstrasse.
 Große Auswahl in **Füllfederhalter** bewährter Systeme, sowie Goldfedern für jede Hand passend.
 Der Vorteil einer Goldfeder ist, dass sie sich selbst bei jahrelangem Gebrauch nicht abnutzt. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet. Reparaturen prompt und billigst.
 Uebrigens: 1856. Fernsprecher 1562.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Bogen-Verkauf
 monatlich für Dresden
 bei jeder zweitägigen
 Ausgabe 2,50 M.,
 bei einmaliger Ausgabe
 10,00 M. (einschließlich
 Porto).
 Die von Dresden aus
 erscheinende Ausgabe
 ist durch den
 Postweg mit
 dem Dresdner
 Bogen-Verkauf
 verbunden.
 Die von Dresden aus
 erscheinende Ausgabe
 ist durch den
 Postweg mit
 dem Dresdner
 Bogen-Verkauf
 verbunden.

Anzeigen-Zerif
 Aufnahme von Anzeigen
 bis zum
 1. Dezember 1912
 11 bis 12 Uhr. Die
 einseitige Grundgebühr
 (ca. 8 Zeilen) 30 Pf.,
 einseitige Grundgebühr
 aus Dresden 25 Pf.,
 die zweifelhafte Zeile
 auf 70 Pf., die
 zweifelhafte Zeile
 1,00 M. — In
 Nummern nach Sonn-
 und Feiertagen die
 einseitige Grundgebühr
 25 Pf., einseitige
 Nachrichten aus Dres-
 den die Grundgebühr
 20 Pf. — Zusätzliche
 Aufträge nur gegen
 Vorauszahlung.
 Jedes Blatt kostet
 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden. Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Ausverkauf
 der Restbestände des Lagers der Firma G. Ritter:
**Einzelmöbel, kompl. Zimmer
 Gardinen, Stoffe, Teppiche**
 nur **Viktoriastraße 16, I. Etage.**
 Praktische, billige Weihnachtsgeschenke.

Fächer
 Hochwertige Meisterarbeiten feiner Arbeit
 für **Kunstliebhaber
 u. Ball.**
Oskar Zscheile
 Leipziger Platz 10, Dresden

Santo-Staubsauger
 Generalvertrieb:
C. R. Richter, Kronleuchterfabrik, G. m. b. H.
 17 Amalienstrasse DRESDEN-A. Amalienstrasse 17.

Reise-Artikel und Lederwaren grösste Auswahl in allen Preislagen. Robert Kunze, Altmarkt-Rathaus und Prager Strasse 30.

Für eilige Leser.
 Mutmaßliche Witterung: Vorwiegend heiter, etwas kälter, meist trocken.
 Die sächsische Regierung ist im Bundesrat für die ärenge Auslegung des Resolutionsgesetzes eingetreten; der Reichsanzeiger veröffentlicht jetzt die neue Auslegungssatzung.
 Der Reichstag verwies nach der ersten Lesung den Entwurf eines Poststempelgesetzes an die Budgetkommission; am Montag beginnt die erste Lesung des Etats.
 Die Reichsregierung erteilt auf verschiedene kurze Anfragen des Reichstages schriftlich Antwort.
 Die deutsche Militärverwaltung stellt einen Luftschiffplan auf, durch den die deutsche Luftflotte um fünf leistungsfähige Luftschiffe vermehrt werden soll.
 Das Reichsmarineamt hat auf den Werften Seuchmaßnahmen gegen Spionage getroffen.
 Die französische Regierung legt, obwohl sich die internationale Lage anscheinend nicht verschlechtert hat, noch einer Erklärung aus Paris ihre Kriegsvorbereitungen in aller Stille fort. Auch aus Russland werden weitere Mobilisierungsmassnahmen gemeldet.
 Die Aussichten auf den Friedensschluss zwischen der Türkei und dem Balkanbund haben sich in der letzten Zeit vermehrt.
 Die russische Regierung lässt zur Unterbindung des nach Deutschland auszuführenden Reiches deutsche Literatur nicht zu.
 Der französisch-spanische Marokkovertrag wird allen Signatarmächten des Algeciras-Vertrages mitgeteilt werden.

erachteten, legt sofort bei der ersten Gelegenheit durch die Buch der Tatsachen von der Gefährlichkeit des damals betretenen Weges überzeugt werden. Als die Linke in der vorigen Session zugleich mit den kurzen Anfragen dem Reichstage das Recht beilegen wollte, im Anschluss an die Besprechung von Interpellationen im Wege eines Antrages festzustellen, dass die vom Reichskanzler vertretene Auffassung den Anschauungen des Reichstages entweder entspricht oder zuwiderläuft, wiesen die Organe der Entschiedenheit sofort darauf hin, dass eine derartige „Bestimmung“ des Reichstages nicht mehr und nicht weniger bedeute als ein formell zwar etwas verhängnis, aber sachlich nicht wegzuleugnendes Vertrauens- oder Nichtvertrauensvotum gegenüber dem obersten verantwortlichen Beamten des Reiches. Dieser Ansicht musste auch außerhalb der parteipolitischen Grenzen jeder unbefangene urteilende deutsch-nationale Patriot beipflichten, der auf die strenge Wahrung des konstitutionell-monarchischen Prinzips in unserem öffentlichen Leben bedacht ist und in jedem auf die abschüssige Bahn des parlamentarischen Systems führenden Schritte eine Gefahr für das feste Gesamtgefüge unseres staatlichen Gemeinwesens erblickt. Die Nationalliberalen und das Zentrum, die sich über diese Bedenken hinwegsetzen und der Erweiterung des Interpellationsrechtes zustimmen, sind jetzt in unliebsamer Weise darüber belehrt worden, welche zweifelhafte Waffe sie dem Radikalismus und vor allem der Sozialdemokratie in die Hand gegeben haben. Wenn Herr Bassermann sich darauf beruft, dass die Spezialisierung eines derartigen Antrages, die nach sozialdemokratischer Ansicht besonders „gerichteter“ gegenüber dem Reichskanzler wirken soll, dem „Wein“ der Bestimmung nicht entspreche, so ist nur zu bedauern, dass nicht gleich von Anfang an für eine sorgfältige redaktionelle Fassung Sorge getragen worden ist, die jeden Zweifel ausschließt. Der nationalliberale Führer meinte auch, der Reichstag müsse sich bei der ersten Anwendung der neuen Einrichtung die Konsequenzen überlegen. Um! Wäre es nicht am Ende noch besser gewesen, wenn diese Ueberlegung schon früher angestellt worden wäre und zur Ablehnung der fragwürdigen Ertrungenschaft überhaupt geführt hätte?
 Man muss sich nur einmal richtig zum Bewusstsein bringen, was mit einem derartigen Nichtvertrauensvotum in letzter Linie bezweckt wird. Das ist nicht mehr und nicht weniger als das Bestreben, einen parlamentari-

schen Einfluss auf die Besetzung des Reichskanzlerspostens zu gewinnen. Ein der äußersten Linken und den Sozialdemokraten nicht genehmer Reichskanzler soll durch ein solches Nichtvertrauensvotum in seiner Stellung erschüttert und unmöglich gemacht, ein bei dem Radikalismus beliebter Kanzler dadurch gestützt und gehalten werden, dass ihm ein Vertrauensvotum erteilt wird. Die leitenden Stellen in der Regierung sind sich seinerzeit über diesen Charakter der Erweiterung des Interpellationsrechtes nicht im unklaren gewesen. Das beweist die damals durch den Staatssekretär Dr. Delbrück abgegebene Erklärung, „dass die Geschäftsordnung des Reichstages ein einseitiges Recht für ihn und seine Mitglieder schafft, und dass somit Abänderungen der Geschäftsordnung weder eine Erweiterung der verfassungsmässigen Rechte des Reichstages, noch eine Beschränkung der verfassungsmässigen Rechte des Kaisers herbeiführen und also auch irgendwelche staatsrechtlichen Konsequenzen für die Stellung des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstage nicht haben könne“. Das heißt mit anderen Worten, weniger umschrieben ausgedrückten Worten, ein vom Reichstage beschlossenes Vertrauens- oder Nichtvertrauensvotum ist, weil wir kein parlamentarisches System haben, für die Regierung einfach Luft. Dennoch kann der häufigere Gebrauch dieses neuen geschäftsordnungsmässigen Mittels durch die radikale Linke gewisse aufreizende Wirkungen haben, wenn eine kruppelartige Agitation daran anknüpft mit dem Bestreben, einen künstlichen Gegensatz zwischen der Reichsregierung und dem Parlament ins Leben zu rufen und es so darzustellen, als entbehre der jeweilige Kanzler der Fühlung mit der öffentlichen Meinung. In richtiger Würdigung dieser Gefahr haben die führenden Parteien die verdoppelte Pflicht, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um der neuen Einrichtung, nachdem sie einmal geschaffen worden ist, wenigstens die schärfsten Spitzen abzubrechen. Zu dem Zwecke muss ein derartiger Vorstoß, wie er jetzt von sozialdemokratischer Seite ausgegangen ist, so einmütig und geschlossen von den Ordnungsparteien zurückgewiesen werden, dass der Partei des Umsturzes jede Möglichkeit geraubt wird, agitatorischen Mutwillen mit der Sache zu treiben. Von der Erkenntnis dieser Notwendigkeit hat sich denn auch die Mehrheit des Reichstages leiten lassen und den sozialdemokratischen Antrag in namentlicher Abstimmung mit 174 gegen 140 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ein parlamentarischer Uebergreif der Sozialdemokratie.

Am Reichstage hat sich bei den Verhandlungen über die Steuerungsfrage eine Episode abgespielt, die erster Beachtung wert ist, weil es sich dabei um einen sozialdemokratischen Vorstoß zur Ausdehnung der parlamentarischen Machtgrenzen gegenüber der Krone und der Regierung handelt. Die Vertreter des Umsturzes wollen von der Erweiterung des Interpellationsrechtes, das der Reichstag in der vorigen Session beschlossen hat, den ersten Gebrauch machen und dem Reichskanzler ein „Nichtvertrauensvotum“ aussprechen. Diese Aktion war ansänglich dergestalt gedacht worden, dass in einem Antrag sämtliche Massnahmen gegen die Feindseligkeit, die den Herren von der roten Eberwanz nicht gefallen, einzeln aufgezählt und daran das Ersuchen an den Reichstag geknüpft wurde, zu erklären, dass die Behandlung der Nichtinterpellation durch den Kanzler den Anschauungen des Hauses nicht entspreche. Die Form dieses Antrages erregte indessen allgemeines Bedenken, ausgenommen natürlich bei den Fortschrittler, die ja so leicht kein Wort des Tadels für etwas finden, was von den roten Freunden beliebt wird. Herr Bassermann gab der Meinung der Nationalliberalen dahin Ausdruck, dass die Spezialisierung des Antrages nicht zulässig sei, da sie eine Art von Begründung enthalte, die der Reichstag bei der Schaffung der neuen Einrichtung nicht gewollt habe; danach müsste dann beispielsweise auch ein vollständiges Programm der auswärtigen Politik des Reiches in allen Einzelheiten zur Abstimmung gebracht werden können. Das ist unmöglich; es könne nur ein Antrag des Inhalts einbracht werden, dass die Haltung des Reichskanzlers im allgemeinen den Anschauungen des Reichstages nicht entspreche. Von Seiten der Rechten und des Zentrums pflichtete man dem Standpunkte der Nationalliberalen bei, und diese einmütige Kundgebung hervor dann die Sozialdemokraten zur Einbringung eines neuen nicht spezifizierten Antrages, soweit das Nichtvertrauensvotum gegen den Reichskanzler in Frage kommt. Gleichzeitig brachten sie aber einen weiteren Antrag ein, wonach die Frage, ob die Spezialisierung zulässig ist, an die Geschäftsordnungskommission verwiesen werden soll.
 Es ist überaus bezeichnend, dass gerade die beiden großen Parteien, die seinerzeit die Warnungen und Bedenken der Rechten gegen die Erweiterung des Interpellationsrechtes des Reichstages nicht für durchschlagend

Der Krieg auf dem Balkan.

Die Friedenssichtungen.
 Der Gedanke, anstelle des Waffenstillstandes die Einstellung der Feindseligkeiten zu beschließen, ist auf der türkischen Seite aufgetaucht und dürfte angenommen werden. Die Friedenssichtungen haben sich seit Freitag stark vermehrt, hauptsächlich mit Rücksicht auf die in Sofioter Regierungskreisen herrschende Auffassung, dass eine europäische Differenz sonst unvermeidlich sei; auch scheint Russland viel daran zu liegen, dass die Verhandlungen mit der Türkei so bald als möglich sich verhandigen.
Keine Spannung zwischen Bukarest und Sofia.
 Die „Südwestliche Korrespondenz“ meldet aus Sofia: Auf eine Anfrage wird uns von kompetenter Stelle versichert, dass die Gerüchte über eine Spannung zwischen Sofia und Bukarest vollkommen unbegründet seien. Es wird an dieser Stelle betont, dass es durchaus falsch sei, der Verschiebung der Reise Dr. Danew's nach Bukarest andere Motive unterzulegen als die, dass die bulgarische Regierung in dem Moment der wichtigsten Verhandlungen mit der Türkei den Rat einer Persönlichkeit vom Range Danew's nicht entbehren könne.
Oesterreich und Rumänien.
 Die Bukarester Morgenzeitungen melden, dass nach dem Tiner beim Ministerpräsidenten in Bukarest Majorescu vertrauliche Besprechungen mit dem österreichischen General v. Högendorf im Palais gehabt hätte, die bis 2 Uhr früh gedauert haben sollen. Hierbei soll der eventuell gemeinsame Kriegsplan Oesterreich-Ungarns und Rumäniens besprochen worden sein.
Der österreichisch-serbische Konfliktkreis.
 Dem Vertreter von Wolffs Telegraphen Bureau wurde in Wien mitgeteilt: Ueber die Berichte der Konsuln Prochaska und Edl bezüglich der Ereignisse in Prizend und Monastir sind vielfach Nachrichten verbreitet, die anscheinend auf Kombinationen beruhen. Bisher liegt

hier nur ein telegraphischer, teilweise verstümmelt eingetroffener Bericht Prochaska vor, über den noch keinerlei Mitteilung gemacht wird. Es ist beabsichtigt, erst nach mündlichen Berichten des Konsuls Edl, der beauftragt mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragt ist, eine Schilderung der Vorgänge der Öffentlichkeit zu übergeben. Falls Verantwortlichkeiten auf serbischer Seite bei der Uebermittlung der Giftkapseln Prochaska nachgewiesen werden sollten, dürfte auch dies der Öffentlichkeit nicht verschwiegen werden. Der Konsul Edl hat bisher die Rückreise nach Wien nicht angetreten und hat auch noch keinen Auftrag dazu.
Albanische Unabhängigkeit und Thronfrage.
 Dem „Giornale d'Italia“ wird gemeldet: Während die Vornehmen Albanens in Valona die Unabhängigkeit des Landes proklamieren, sei dort ein Arade des Sultanats eingetroffen, das Albanien die Autonomie bewilligt. Alle albanischen Soldaten, die im türkischen Heere dienten, hätten sofort die türkische Uniform mit dem Kokard der albanischen Arier vertauscht und Brüderlichkeit mit der Bevölkerung geschlossen.
 Der römische Korrespondent der Mailänder „Pervoranoo“ will aus sicherer Quelle erfahren haben, dass letzter Tage ein Meinungsaustrausch über die Besetzung des albanischen Thrones zwischen allen Mächten stattgefunden und die Kandidatur des ägyptischen Prinzen Fuad, der wie die ganze ägyptische Herrscherfamilie albanischer Abstammung ist, einstimmig die Billigung der europäischen Kabinette erlangt habe.
Die Balkanarmee wollen in Istanbul einziehen.
 Die offizielle Belaraber „Samouprova“ schreibt: Während die Türkei die Waffenstillstandsverhandlungen hinschiebe und die europäische Presse die Nachricht verbreite, dass die Vane des türkischen Heeres sich abwärts habe, dass die Türken Verstärkungen erhalten hätten und dass die verbündeten Heere ermüdet seien, dächten in Wirklichkeit die